

## **Antrag**

**der Abgeordneten Jürgen Trittin, Winfried Nachtwei, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Hans-Josef Fell, Katrin Göring-Eckardt, Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Christine Scheel, Irmingard Schewe-Gerigk, Rainer Steenblock, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, Birgitt Bender, Dr. Thea Dückert, Britta Haßelmann, Bettina Herlitzius, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Markus Kurth, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Jerzy Montag, Brigitte Pothmer, Silke Stokar von Neuforn, Dr. Harald Terpe, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Für eine zukunftsfähige Energieaußenpolitik**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zur Energieaußenpolitik der Bundesregierung“ (Bundestagsdrucksache 16/10386) bestätigt: Die Bilanz der großen Koalition der CDU/CSU und SPD in diesem Bereich ist ernüchternd. Von einem zukunftsfähigen Konzept ist sie weit entfernt. Ziel deutscher Energieaußenpolitik seit 2006 ist, „... im sich weltweit verschärfenden Wettbewerb um Energieressourcen Chancen ... besser nutzen zu können.“ In diesem Sinne hat sich die Bundesregierung vor allem eingesetzt für den Bau von Gasrohren und Ölpipelines, die nach Deutschland führen. Weiteres Standbein ist der Import von Uran und der Export von Atomkrafttechnologie.

Energieaußenpolitik der großen Koalition heißt Wettlauf um Ressourcen. Das greift viel zu kurz und ist gefährlich. Statt Energiesicherheit zu schaffen heizt eine solche einseitige Strategie Krieg und Konflikte an. Verkannt wird: Eine sichere Energieversorgung gibt es nicht für Deutschland oder Europa allein, ebenso wenig wie für Russland oder Saudi-Arabien. Energiesicherheit gibt es nur global. Energie, Sicherheit und Gerechtigkeit bekommen wir nur, wenn wir auf der ganzen Welt zusammenarbeiten und einen fairen Interessenausgleich schaffen. Grundlage dafür sind Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung – die drei E für eine Energiepolitik mit Zukunft.

Ohne eine kohärente und gerechte Energieaußenpolitik, untrennbar verbunden mit Klima- und Entwicklungspolitik, werden wir die globalen Herausforderungen des Klimawandels und der Rohstoffkrise, weltweiter Armut und Ausgrenzung, neuem Rüstungswettlauf und weltweiter nuklearer Aufrüstung nicht bewältigen können. Zugang zu Energie weltweit ist Voraussetzung dafür, um

Armut zu überwinden und die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Eine solche moderne Energieaußenpolitik ermöglicht es erst, unsere Energieversorgung langfristig abzusichern und trägt bei zu einer weltweiten Energiewende für Energie und Sicherheit.

In der Gründungsphase der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) hat die Bundesregierung versagt. Deutschland als Initiator der IRENA konnte weder Bonn als Sitz noch einen deutschen Generalsekretär durchsetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Energieaußenpolitik nicht auf den Zugang zu Erdgas, Öl und Uran zu reduzieren;
2. ein modernes Konzept einer nachhaltigen Energieaußenpolitik „Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit“ zu initiieren, das Energie in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik, Menschenrechtspolitik sowie internationaler Klima- und Umweltpolitik integriert;
3. sich dafür einzusetzen, dass die EU endlich umsteuert, den Ressourcenwettbewerb der EU und zwischen EU-Partnern stoppt und die europäische Energieaußenpolitik in den Dienst einer globalen Energiewende im Sinne der drei E stellt;
4. systematisch Initiativen in den Vereinten Nationen (VN) zu initiieren, um die vielfältigen UN-Aktivitäten für eine globale Energiewende zu stärken und die Gründung einer UN-Umweltorganisation (UNEO) voranzutreiben;
5. sich einzusetzen für einen Umbau der Internationalen Energieagentur (IEA) in eine Organisation, die die Energiebelange aller Staaten einbezieht, d. h. auch Liefer- und Transitstaaten, auch arme Länder, insbesondere in Afrika;
6. ihre Weiter-wie-immer-Haltung zum europäischen Energiechartervertrag (ECT) aufzugeben und sich dafür einzusetzen, dass der ECT grundlegend überprüft wird und die notwendigen Folgerungen daraus gezogen werden, dass Staaten wie Norwegen, USA und Russland nicht bereit sind, diesem Vertrag beizutreten;
7. internationale Politiknetzwerke wie REN21 weiter zu fördern und die Zivilgesellschaft in ihrer Arbeit für eine Energiewende besser zu unterstützen, wie z. B. das Energienetzwerk ENERGIA (Network on Gender and Sustainable Energy);
8. in der bilateralen und regionalen Zusammenarbeit mit den Staaten Nordafrikas das DESERTEC-Konzept für eine Solarunion zur politischen Priorität zu erheben, um die dringend erforderlichen politischen und auf Interessenausgleich bedachten Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Konzepts zu schaffen;
9. Lobbying bei arabischen Staaten für deren Beitritt zur Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) zu verstärken;
10. bilateral und innerhalb der EU die energiepolitische Kooperation mit Lateinamerika und der Karibik (LAK) durch gezielte Förderung erneuerbarer Energien und besserer Energieeffizienz auszubauen;
11. Schluss zu machen mit ihrer anachronistischen Atompolitik, die einem Verkauf nuklearer Technologie dient, Atomkraftwerke weltweit stützt, die Lebensgrundlagen in den Uranabbaugebieten zerstört und zur nuklearen Aufrüstungsspirale beiträgt;

12. sich ohne Wenn und Aber für Energiegerechtigkeit zu engagieren und sich für den versprochenen Technologietransfer durch die Industriestaaten einzusetzen;
13. in der EU und in den Vereinten Nationen eine Vorreiterrolle für eine ökologische Energieaußenpolitik zu übernehmen, deren Leitlinie konsequenter Klima- und Umweltschutz ist, die die Nachfrage senkt und zu einem schonenden und nachhaltigen Umgang mit Ressourcen beiträgt;
14. in der EU und in den Vereinten Nationen eine Vorreiterrolle für verantwortliche Energieaußenpolitik zu übernehmen, die gegen den Ressourcenfluch kämpft und sich für Transparenz, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in den Exportländern einsetzt;
15. in der Internationalen Zivilluftfahrtkommission (ICAO) und in der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) innovative politische Initiativen zu entwickeln, um eine überfällige Einigung auf emissionsmindernde Maßnahmen voranzutreiben;
16. die Instrumente der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) zu nutzen, um ein Bewußtsein für die Notwendigkeit einer globalen Energiewende zu schaffen;
17. vorausschauende Energieaußenpolitik als strategische Friedenspolitik zu gestalten, die durch Kooperation für eine globale Energiewende Krieg und Konflikte verhindern hilft und Frieden fördert;
18. Bestrebungen und Tendenzen entgegenzuwirken, die Sicherung der Energieversorgung auch als verstärktes militärisches Aufgabenfeld, insbesondere der NATO, auszubauen.

Berlin, den 1. Juli 2009

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Rohstoffkrise und Klimawandel, globale Ungerechtigkeit, weltweite Armut und Ausgrenzung, neuer Rüstungswettkampf und weltweite nukleare Aufrüstung zählen zu den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Um diese Herausforderungen angehen zu können, brauchen wir eine moderne Energieaußenpolitik, die Energie in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik, Menschenrechtspolitik sowie internationale Klima- und Umweltpolitik integriert. Von einem solchen umfassenden Konzept ist die Bundesregierung weit entfernt. Die Bundesregierung kümmert sich in erster Linie um Öl-, Gas- und Uranimporte nach Deutschland.

Statt den Energiebinnenmarkt zu vollenden und untereinander auf Energiesolidarität zu setzen, lassen sich Deutschland und andere europäische Staaten auf einen kurzsichtigen Wettlauf um Öl- und Gasreserven ein. Eine europäische Regierung nach der anderen – auch Deutschland – reist nach Algerien, Nigeria oder Turkmenistan, um nationale Deals heimzubringen – mit dem Ergebnis, dass der Preis in die Höhe schnellst und unklar ist, was wem tatsächlich geliefert werden wird.

Schlüssel für langfristige Energiesicherheit ist die Maxime „Weg vom Öl“, weg von fossilen Energiequellen – ohne neue nukleare Risiken zu schaffen. Billiges Öl und Gas werden immer mehr der Vergangenheit angehören und nur erneuer-

bare Energien werden langfristig bezahlbar sein. Darauf müssen wir uns rechtzeitig vorbereiten. Das passiert nicht. Statt Außenpolitik in den Dienst einer Energiewende zu stellen, hält die Bundesregierung an alten Rezepten für fossile Energieträger und Atomkraft fest.

Die Vereinten Nationen spielen eine zentrale Rolle für eine globale Energiewende. Vielfältige Projekte und Programme in deren Sonderorganisationen und Regionalgruppen (UN Energy) fördern die Einführung der drei E weltweit. Wichtig ist, dass Mitgliedstaaten wie Deutschland sich zur Vorreiterin machen und die Einführung ambitionierter Ziele und Standards politisch flankieren. Das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) braucht dringend Mittel speziell für den Energiebereich. Die Arbeit des UN-Umweltprogramms (UNEP) im Energiebereich sollte verstärkt und UNEP zu einer UN-Organisation (UNEO) aufgewertet werden.

Clubs von Industriestaaten oder Blöcke energiereicher Länder können nichts bewegen. Liefer-, Transit- und Verbraucherländer müssen an einen Tisch. Die Internationale Energieagentur (IEA) wird von westlichen Industrieländern dominiert. Ziel muss sein, die IEA zu einer Organisation umzubauen, die die Energiebelange aller Staaten zusammenführt und auch armen Ländern, die besonders unter der Ressourcenkrise leiden, eine Stimme gibt. Das wird nur gelingen, wenn Deutschland, wenn die EU auf allen Ebenen ihr ganzes politisches Gewicht dafür in die Waagschale legt.

Der Europäische Energiechartervertrag (ECT) steuert in eine Sackgasse. Lieferländer wie Norwegen, USA und Russland und auch Transitländer wollen nicht beitreten. Eine grundlegende Überprüfung des ECT ist überfällig. Als Club von Verbraucherländern kann er Energiesicherheit und Solidarität nicht gewährleisten.

Um politisches Engagement für eine weltweite Energiewende zu stärken, müssen Politiknetzwerke wie REN21 (Renewable Energy Policy Network) so unterstützt werden, dass diese politische Meinungsbildungsprozesse wirksam fördern können. Ohne das Engagement der Zivilgesellschaft wird eine Energiewende nicht machbar sein. Nichtregierungsorganisationen wie z. B. ENERGIA (Network on Gender and Sustainable Energy) leisten oft ganz besondere Beiträge. So befasst sich ENERGIA mit Genderaspekten im Zusammenhang mit Energie. Staatliche Stellen übersehen oft, dass Frauen nicht nur von Energiearmut am stärksten betroffen sind, sondern auch als Multiplikatorinnen für eine Energiewende agieren.

Der Ausbau erneuerbarer Energien in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens birgt immenses Potenzial. Das hat grüne Politik frühzeitig erkannt. Unter grüner Führung hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die Forschungsförderung zu solaren Potenzialen im Mittelmeerraum auf den Weg gebracht, notwendige Studien in Auftrag gegeben. Es ist zu begrüßen, dass das BMU diese Linie fortsetzt. Es ist auch zu begrüßen, dass nun endlich auch große Unternehmen das DESERTEC-Projekt unterstützen wollen, unter der Federführung der Münchener Rück auch die Deutsche Bank, Siemens, RWE und andere. Aber zur Realisierung des Projekts sind noch erhebliche Herausforderungen zu überwinden. Die Bundesregierung muss sich mit aller Kraft dafür einsetzen, politische Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die arabischen Öl- und Gasproduzenten sind noch weit davon entfernt, Akteure für die drei E zu werden, obwohl das Potenzial dort groß ist. Unter den UN-Regionalorganisationen ist UNESCWA, in der 13 arabische Staaten zusammenarbeiten, im Energiebereich am schwächsten aufgestellt. Ein Beitritt z. B. Saudi-Arabiens zur neu gegründeten Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) wäre ein Meilenstein.

Die Zusammenarbeit Deutschlands und der EU mit Lateinamerika und der Karibik im Energiebereich steckt in Kinderschuhen. So spielen in den Beziehungen zur Andengemeinschaft Energiefragen praktisch keine Rolle. Wo es Energiezusammenarbeit gibt, werden die drei E untergeordnet. In der Zusammenarbeit mit Brasilien beteiligt sich Deutschland an der Förderung von Atomkraft. Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft ist die Nuklearzusammenarbeit der EU mit Brasilien vorangetrieben worden. Der deutsch-brasilianische Atomvertrag wurde im Mai 2008 verlängert. Atomkraft ist für den Energiemix Brasiliens vollkommen unbedeutend. Unter dem Deckmantel von Energieversorgungssicherheit feuern solche Verträge die nukleare Proliferation an und konterkarieren sonstiges Engagement gegen Atomkraft.

Die Bundesregierung hat bei der Aufhebung der Nuklearsanktionen gegen Indien eine entscheidende und äußerst bedauerliche Rolle gespielt. Damit wurde das nukleare Nichtverbreitungsregime geschwächt und Indien in die Lage versetzt, sein Atomwaffenarsenal zu modernisieren. Auch im Verhältnis zu anderen Staaten – nicht nur Indien – fördert Deutschland nukleare Proliferation. Der Export deutscher Atomtechnologie z. B. nach Russland und China wird mit Staatsmitteln politisch flankiert und finanziell unterstützt. Die Bundesregierung hat keine Probleme mit dem Bau von Atomkraftwerken in fernen Ländern wie in unmittelbarer Nachbarschaft zu Deutschland, obwohl es bislang weltweit kein einziges genehmigtes Endlager für Atommüll gibt.

Noch immer verbrauchen 15 Prozent der Weltbevölkerung 60 Prozent des Rohöls und Erdgases, während die armen Länder unter der Ausbeutung ihrer Ressourcen leiden. Das ist ungerecht. Ohne bezahlbare Energie ist der Kampf gegen Armut aussichtslos. Energieträger wie Sonne und Biomasse sind eine neue Chance für arme Länder. Gerechtigkeit bedeutet aber auch, dass moderne Energietechnologien kein Privileg reicher Staaten sein dürfen. Zugang zu moderner Technologie sichert, dass die Energiewende Armut beseitigt, und dass die Energiewende weltweit funktioniert.

Unsere Abhängigkeit von Öl, Gas und Uran ist weltweit für verheerende Umweltzerstörung und soziale Missstände verantwortlich. Die Gier nach Rohstoffen bedroht den artenreichsten Regenwald im Amazonas und die Lebensräume der indigenen Völker. In Russland und der ehemaligen Sowjetunion hat die Öl-, Gas- und Uranförderung ganze Landstriche verwüstet. 15 Prozent der Fläche Russlands sind ökologisches Notstandsgebiet, mehr als eine Million Quadratkilometer sind radioaktiv verseucht, und die Zerstörungen gehen – wie auf Sachalin oder in Westsibirien – weiter. Im Uranabbaugebiet um Arlit in Niger werden 45 Millionen Tonnen radioaktiver Uranabfälle unter freiem Himmel gelagert. Nur eine globale Energiewende kann Umwelt und Menschen auf diesem Planeten schützen. Deutschland muss sich endlich für Nachhaltigkeitsstandards für fossile Energien einsetzen, die schlimmste Schäden und Katastrophen vermeiden helfen. Statt Interessen der Atomwirtschaft zu unterstützen, sollte die Bundesregierung sich dafür einsetzen, den überflüssigen Uranabbau zu stoppen.

Es ist paradox: Ressourcenreichtum erweist sich immer wieder als Ressourcenfluch: Öl, Gas und Uran sind Konfliktrohstoffe. Mit steigenden Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft wächst in vielen Staaten auch die Armut. In Staaten wie Angola, Nigeria, Niger, Tschad, Sudan, Ecuador, Peru oder Turkmenistan hat der Ressourcenreichtum statt Wohlstand für alle nur Korruption, Demokratiedefizite, Schulden, Ausbeutung und Umweltzerstörung gefördert. Hat ein Land Öl, Gas oder Uran zu bieten, legt auch die EU mit ihrer aktuellen Politik andere Maßstäbe bei Demokratie und Menschenrechten an. Auch da muss Deutschland umsteuern und eine verantwortliche Energieaußenpolitik betreiben im Dienste von guter Regierungsführung, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Deutschland muss endlich Instrumente wie die Extractive

Industries Transparency Initiative (EITI) konsequent unterstützen und die Verantwortung der Wirtschaft, der Banken und Finanzinstitutionen einfordern. Nur durch Transparenz und Kontrolle kann gewährleistet werden, dass die Einnahmen aus dem Rohstoffbereich für nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden. Parallel muss die Bevölkerung unterstützt und befähigt werden, Kontrolle auszuüben und ihre Rechte auf Information z. B. beim Abbau von Uran einzuklagen.

Der Flug- und Schiffsverkehr entwickelt sich zu einer immer größeren Klimabelastung. Nach Kenntnissen der Bundesregierung trägt die Schifffahrt derzeit zu rund 3 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emission bei. Umso alarmierender ist es, dass es weder in der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) noch in der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) gelingt, sich auf emissionsmindernde Maßnahmen zu einigen. Die Bundesregierung muss sich auf höchster politischer Ebene dafür einsetzen, dass die notwendigen Mehrheiten endlich zustande kommen. Das in der Antwort auf die Große Anfrage vorgebrachte Argument, dass es nichteuropäische Staaten seien, die blockierten, ist keine Rechtfertigung für fehlende politische Überzeugungsarbeit.

In der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) der Bundesregierung spielt nach deren Angaben Energie keine Rolle. Das ist ein Fehler. Nur wenn alle verstehen, wie ernst die Lage ist und wie dringend wir handeln müssen für eine globale Energiewende, können wir das Ziel erreichen. Dafür kann die AKBP einen wesentlichen Beitrag leisten.

Einnahmen aus Öl-, Gas- und Uranexporten finanzieren auch große Militäraushalte und fördern Extremismus und Terrorismus. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern erschwert es auch, Konflikte auf internationaler Ebene beizulegen. Zukunftsfähige Energieaußenpolitik ist deshalb zugleich Politik für den Frieden.

Energiesicherheit ist Teil von Sicherheitspolitik. Dies bedeutet aber nicht, dass sich Energiesicherheit mit militärischen Mitteln oder Militärbündnissen erreichen ließe. Aktivitäten in der NATO, die auf ein NATO-Mandat im Bereich Energieversorgungssicherheit abzielen oder die globale Sicherung von Rohstoff- und Handelswegen zum Ziel haben, sind kontraproduktiv. Sie schüren den weit verbreiteten Verdacht, dass die hochgerüsteten Industriestaaten ihre ökonomischen Interessen notfalls mit Waffengewalt durchsetzen werden. Die Sicherung internationaler See- und Handelswege ist eine kollektive Sicherheitsaufgabe, die unter dem Dach der VN und unter der primären Verantwortung regionaler Akteure erfolgen muss. Die Bundeswehr kann nicht die Energieversorgung sichern. Es gibt keine militärische Energiesicherheit. Kriege – wie der Angriff auf den Irak – erhöhen nur die Preise. Energiesicherheit kann nur mit politischen Mitteln erreicht werden.

Zukunftsfähige Energieaußenpolitik stoppt Klimawandel, bekämpft Armut, beendet den Ressourcenwettlauf, unterbricht die nukleare Rüstungsspirale. Zukunftsfähige Energieaußenpolitik setzt auf globale Gerechtigkeit und eine weltweite Energiewende hin zu CO<sub>2</sub>-neutraler Wirtschaft. Zukunftsfähige Energieaußenpolitik muss vorausschauend, krisenpräventiv und multilateral sein. Sie ist aktive Friedenspolitik.



